

Ein Vergleich mit anderen katholischen Organisationen ergibt, daß Cursillo etwa 50 000, Fokolare etwa 24 000, die Legio Mariae rund 30 000 Anhänger bzw. Mitglieder aufweisen. Von qualitativer Bedeutung ist der Einfluß des „Opus Dei“, das vor allem im intellektuellen Bereich zu wirken bemüht ist. Seine Bedeutung scheint aber trotz der Besetzung des Bistums Feldkirch mit einem führenden Opus-Dei-Mitglied zur Zeit eher begrenzt zu sein. Vereinigungen wie „Co-

munioni e liberazione“ blieben bisher in Österreich überhaupt ohne sonderliche Wirkung.

Dieser Überblick läßt erkennen, daß sich im katholischen Organisationsleben in Österreich ein ähnliches Bild abzeichnet wie im *parteilpolitischen Spektrum*: Hier wie da bleiben die Großen trotz aller Abbröckelungsphänomene tonangebend, und die Kleineren müssen relativ viel Energie aufwenden, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Fritz Csoklich

Kontinuität mit wechselnden Akzenten

Der Heilige Stuhl und die europäische Einigung

Durch das Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht wurde die Europäische Gemeinschaft zur Europäischen Union. Allerdings ist im Blick auf die Umsetzung dieser neuen Stufe der europäischen Integration noch vieles offen. Der Heilige Stuhl hat von Anfang an die Entwicklung hin zur Einigung Europas mit Interesse und Sympathie begleitet, wobei die Akzente in den Pontifikaten Pius XII., Pauls VI. und Johannes Pauls II. teilweise wechselten. Der folgende Beitrag gibt einen zusammenfassenden Überblick zum vatikanischen Europaengagement.

Das Interesse des Heiligen Stuhles an einer europäischen Einigung läßt sich bis zur Jahrhundertwende zurückverfolgen und konkret am Endes des Ersten Weltkrieges festmachen. Damals rief Benedikt XV. in Mißbilligung der in Paris geschaffenen Friedensordnung die europäischen Völker in seiner Enzyklika „Pacem, Dei munus pulcherrimum“ vom 23. Mai 1920 dazu auf, sich trotz aller Rivalitäten und Beleidigungen in jener christlichen Liebe zu vereinigen, für die es keine Ausländer gebe. Pius XII. sprach sich dann zu Ende des Zweiten Weltkrieges nachdrücklich für die Schaffung eines friedlich geeinten Europas aus. Wenn das Verhältnis der katholischen Kirche zum europäischen Integrationsprozeß nach 1945 von Beginn an grundlegend positiv, befürwortend und konstruktiv war, so ist das wesentlich auf ermutigende Stellungnahmen Pius' XII. zurückzuführen.

Pius XII. als entscheidender Initiator

Sämtliche nachfolgende Stellungnahmen zu Europa von Päpsten, Bischöfen sowie katholischen Laien finden vor allem in Äußerungen Pius' XII. ihren Ursprung, weshalb man ihn als Initiator des katholischen Beitrages zur Einigung Europas bezeichnen kann. Seine Aussagen zu Europa spiegeln teilweise die Diskussion um europäische Einigungsbemühungen wieder. Die frühzeitige Aufnahme europapolitischer Überlegungen in päpstlichen Stellungnahmen zeigt

das grundsätzliche Interesse des Heiligen Stuhles an einem geeinten Europa. Botschaften, Ansprachen, Predigten und Briefe Pius XII. aus den Jahren 1940 bis 1948 waren überwiegend auf den Zweiten Weltkrieg bzw. die Nachkriegssituation Europas bezogen. In diesen Texten wird allgemein auf den Gedanken der Liebe und Brüderlichkeit zwischen den europäischen Staaten verwiesen.

In der Ansprache Pius' XII. an das Kardinalskollegium vom 2. Juni 1948 fanden sich dann befürwortende Hinweise auf den europäischen Einigungsgedanken im Zusammenhang mit dem in Den Haag abgehaltenen Europakongreß. Den Beitrag der Kirche zum europäischen Integrationsprozeß sah Pius XII. darin, daß die Kirche als weltweite, die Völker verbindende Institution und das Papsttum als integrative und geistlich-moralische Autorität zur Einigung Europas aufruft und mahnt, um so die Europäer zu dieser Aufgabe zu motivieren. Berechtigung und Notwendigkeit einer europäischen Integration leitete der Papst aus dem gemeinsamen geschichtlichen Erbe der europäischen Staaten und den die europäischen Nationen verbindenden christlichen Werten ab.

Pius XII. nahm nicht nur eine unterstützende Haltung gegenüber dem europäischen Einigungsprozeß ein. Vielmehr skizzierte er zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Idee einer europäischen Einigung politisch noch zu realisieren begann, ziemlich konkret die mögliche Form einer Politischen Union. Dabei war der Papst bemüht, mit seinen Äußerungen

den geistlichen Bereich der Kirche nicht zu verlassen, um diese nicht in „zeitliche“ Fragen zu verstricken. Vor dem Hintergrund der erwähnten Rede Pius XII. zeigt sich allerdings, daß es für die Kirche seit Anfang der fünfziger Jahre beim Ausbau ihrer diplomatischen Beziehungen zunehmend schwieriger wurde, sich nicht in „rein zeitliche Interessen“ bei der Einigung Europas zu verstricken.

In seiner Ansprache vor dem Kongreß der Europäischen Union der Föderalisten steckte Pius XII. nicht nur die Position der späteren päpstlichen Stellungnahmen zum europäischen Integrationsprozeß ab, sondern befürwortete einen bis heute nicht realisierten Rahmen für eine Politische Union Europas. Mit seinen Hinweisen auf die Ausgestaltung und Organisation der europäischen Union ging der Papst ziemlich ausführlich auf Voraussetzungen für eine Einigung Europas ein. Als Bedingungen für die Einigung Europas nannte er eine Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit, die Vereinheitlichung des Privatrechts, die Verbesserung des Transportwesens in Europa sowie eine Stärkung der – katholischen – Privatschulen. Insgesamt zeichneten sich Reden und Ansprachen Pius' XII. dadurch aus, daß sie den ersten Schritten zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft wohlwollend und unterstützend gegenüberstanden, ohne konkrete Vorschläge für Einzelprobleme der europäischen Integration zu machen.

Institutionell wurde in der Ära Pius' XII. wenig umgesetzt. In Straßburg wurde eine vatikanische Vertretung eingerichtet, die die Aktivitäten des Europarates verfolgte. Der Heilige Stuhl ist bis heute Mitglied im Kulturrat des Europarates. Allerdings kann der Europarat keine Gesetze erlassen, sondern nur Empfehlungen aussprechen. Diese waren oftmals dann aber Grundlage von Brüsseler Gesetzesinitiativen, z. B. für das spätere ERASMUS-Bildungsprogramm. Zusätzlich bestand in den fünfziger Jahren ein Katholisches Informationsbüro in Straßburg, das unter der Schirmherrschaft des Straßburger Bischofs stand. Festzuhalten ist, daß seinerzeit die europäische Integration selbst noch in den Anfängen steckte: die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) erfolgte 1952, die Schaffung der EWG 1958.

Symptomatisch für die fünfziger Jahre war, daß Europapolitik weithin von Christen gestaltete Politik war, also päpstliche Politik unmittelbar an einer gemeinsamen europäischen Identität mitwirken konnte. Christliche Lebensorientierungen und Wertvorstellungen waren im Unterschied zu heute noch weit verbreitet und akzeptiert. Daß die inhaltlichen Aussagen des Heiligen Stuhles und sein institutionelles Wirken auf Europa-Ebene dennoch relativ spärlich ausfielen, lag daran, daß es für die Kirche wenig Bezugspunkte zur europäischen Wirtschaftspolitik gab, die damals alleiniger Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses war.

In Äußerungen Pauls VI. findet man wie bei Pius XII. eine positive Haltung gegenüber dem EG-Europa. Analog zu Pius XII. sah Paul VI. die Notwendigkeit und die Berechtigung des europäischen Einigungsprozesses im gemeinsamen

geschichtlichen Erbe der europäischen Völker und in den sie verbindenden kulturellen, moralischen und religiösen Werten.

Paul VI. hob die Notwendigkeit einer internationalen und menschenwürdigen Agrarpolitik hervor, die auch für Europa unter dem Gesichtspunkt der internationalen Solidarität gelte. Da die Friedensfrage für die westeuropäische Einigung in den sechziger und siebziger Jahren kein unmittelbares Problem mehr darstellte, gewann bei Paul VI. die Frage nach den *Grundlagen eines geeinten Europa* an Bedeutung.

Als Basis für die europäische Einigung sah er die Pflicht jeden Bürgers, am Prozeß der europäischen Integration mitzuwirken und ihn nach Kräften zu unterstützen. Dabei sollten die Bürger Europas nicht nur die Vorteile sehen, die ihnen untereinander aus der Integration erwachsen, sondern auch die Pflichten gegenüber den osteuropäischen und außereuropäischen Staaten. Bei der Erfüllung dieser Pflichten kam für Paul VI. dem katholischen Glauben eine „tragende Kraft von unvergleichbarem Wert“ zu, um den Einigungsprozeß durch kulturelle Gemeinsamkeiten zu unterstützen und mit spiritueller Lebendigkeit zu erfüllen.

Paul VI. stand im Unterschied zu seinen Vorgängern bereits ein umfangreicher politischer Euro-Apparat in Brüssel, Straßburg und Luxemburg gegenüber. Als Absolvent der Päpstlichen Diplomatenakademie in Rom und langjähriger Diplomat war ihm die Europapolitik bestens vertraut. Er ließ eine Nuntiatur für die Europäische Gemeinschaft einrichten, die in Brüssel angesiedelt wurde. Im Hintergrund stand die Hoffnung, die kirchliche Situation im EG-Europa durch ein *Konkordat* abzusichern; für diese Überlegung dürfte Montinis Mitwirken am deutschen Reichskonkordat maßgeblich gewesen sein. Doch ist es bis heute nicht zu einem solchen EG-Konkordat gekommen – Wertewandel und Säkularisierung lassen einen möglichen Verhandlungsspielraum immer geringer werden.

Katholische Kirche und europäische Institutionen

In der Ära Pauls VI. kam es im institutionellen Bereich zu zahlreichen Anstrengungen. Neben der EG-Nuntiatur entwickelten sich die Aktivitäten des Rates der europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) und der Bischofskonferenzen der EG-Mitgliedsländer (COMECE) mit Sitz in Brüssel. Von den Jesuiten wurde ein „Office Catholique“ eingerichtet, verschiedene katholische Verbände, z. B. der Caritasverband, eröffneten Büros in der belgischen Hauptstadt. Daß dies in der Öffentlichkeit wenig aufiel, lag daran, daß schon in den siebziger Jahren über 1200 Lobbyisten in Brüssel tätig waren. Zudem waren die Protestanten außer durch ein Ökumenisches Zentrum praktisch nicht in Brüssel präsent. Auch der Ökumenische Rat der Kirchen bemühte sich kaum um europäische Themen. Somit waren katholische Einrichtungen auf Europa-Ebene ziemlich auf sich allein gestellt.

Als sittliche Grundlagen für eine Einigung Europas nannte

Paul VI. die Pflicht zur Förderung des Friedens und der gegenseitigen Liebe und Gerechtigkeit in Europa. Der Papst stellte diese Werte in Zusammenhang mit der Forderung nach sozialem Frieden in der Europäischen Gemeinschaft; damit sprach er den Gesamtkomplex der Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung, des sozialen Fortschritts, des Rechts auf Arbeit, des Gesundheitsschutzes, kurzum die Schaffung von menschenwürdigen Lebensbedingungen in Europa an. Paul VI. nannte als konkrete Ziele der Europäischen Gemeinschaft die Vollbeschäftigung, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer (Migrationsproblem) und die Erhöhung des Lebensstandards. Er formulierte drei Grundlagen für ein geeintes Europa: Gerechtigkeit, Liebe und sozialen Frieden im Kontext einer christlich geprägten Konzeption des Zusammenlebens in Europa.

Daneben nahm Paul VI. wie Pius XII. auch auf Einzelprobleme der europäischen Integration Bezug, deren Lösung er als Voraussetzung für ein langfristiges Bestehen der Europäischen Gemeinschaft ansah. Er wies dabei auf lösungsbedürftige Probleme hin, formulierte erstrebenswerte Ziele, ohne konkrete Lösungsmöglichkeiten zu benennen. So machte Paul VI. z. B. darauf aufmerksam, daß die europäische Jugend mit in den Integrationsprozeß einbezogen werden sollte. Des weiteren forderte er die Notwendigkeit eines Gleichgewichts beim Energieverbrauch als Voraussetzung für das europäische Gemeinwohl. Der Papst äußerte sich auch zu den Schulen in Europa, die die Grundlagen für die Bildung eines europäischen Bewußtseins bei der jüngeren Generation sein sollten. Schließlich unterstrich Paul VI. die Bedeutung der beruflichen Bildung, der Landwirtschaft und der europäischen Hauptstädte als Zentren des EG-Einigungsprozesses.

Ein Unterschied zwischen Pius XII. und Paul VI. besteht im Adressatenkreis der Ansprachen und Reden. Während sich Pius XII. zu europäischen Fragen vor nicht spezifisch europäisch ausgerichteten Gruppen äußerte, richtete Paul VI. seine Ansprachen an direkt mit Europafragen in Zusammenhang stehende Personen, also Europaparlamentarier, Europabeamte und -diplomaten. Diese Spezifizierung in der Zielgruppe hing damit zusammen, daß sich jetzt europäische Interessengruppen herausbildeten, die es in den fünfziger Jahren so noch nicht gab. Mit der Umwandlung der Wirtschaftsgemeinschaft in eine Europäische Gemeinschaft 1967 war jetzt auch mehr in Brüssel zu entscheiden – Entscheidungen, von denen auch die Kirche betroffen ist. Standen zunächst Wirtschafts- und Agrarfragen im Vordergrund, ging es zunehmend auch um Entwicklungs-, Sozial- und Erziehungspolitik.

Hierbei hatte die katholische Kirche mit zwei Problemen zu kämpfen. Einerseits kam es zu einem größeren innerkirchlichen Pluralismus mit den entsprechenden Spannungen mit der Folge, daß tradierte Werte sich nicht wie bisher problemlos in der Öffentlichkeit vertreten ließen. Zudem gab es auf Europa-Ebene wenig Adressaten, die die Ergebnisse der Grundwerte-Diskussion in den siebziger Jahren hätten aufnehmen können. Die EG-Beamten in Brüssel waren meist

Juristen und Ökonomen mit unterschiedlichen konfessionellen, kulturellen und regionalen Prägungen. Erst mit der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament 1978 – also am Ende des Pontifikats Pauls VI. – erhielt die Kirche in den Europaparlamentariern eine konkrete Zielgruppe. Allerdings mußte sich dieses Gremium bis hin zu den jüngsten Beschlüssen von Maastricht seinen politischen Einfluß mühsam erkämpfen.

Ein drittes Problem vatikanischer Europapolitik liegt darin, daß die rechtliche Stellung der katholischen Kirche in den einzelnen EG-Mitgliedsländern nicht nur unterschiedlich, sondern z. T. geradezu gegensätzlich geregelt ist (z. B. Deutschland und Frankreich). Das heißt, daß der Heilige Stuhl sich sehr diplomatisch verhalten muß, um für alle Ortskirchen sprechen zu können. Ein kleines Erschwernis am Rande besteht darin, daß der diplomatische Dienst des Vatikans international zusammengesetzt ist; für einen indischen oder lateinamerikanischen Repräsentanten Roms in Brüssel ist es vielfach nicht ganz einfach, die Probleme der EG-Integration wirklich zu erfassen.

Neue Akzente unter Johannes Paul II.

Mit Johannes Paul II. gelangte im Oktober 1978 ein Bischof aus einem Land des damals noch bestehenden Ostblocks an die Spitze der katholischen Kirche. Dieser Sachverhalt hätte vielleicht in den fünfziger Jahren zu einer Verhärtung staatlich-kirchlicher Beziehungen sowie zu Repressionen geführt. Inzwischen hatte sich aber der Heilige Stuhl beispielsweise bei den KSZE-Verhandlungen als ausgleichend und vermittelnd zwischen den ideologischen Lagern gezeigt. Andererseits veranschaulichten die Hintergründe des Mordversuchs an Johannes Paul II. vom 13. Mai 1981, daß man im damaligen Ostblock an einer Liquidierung des polnischen Papstes nicht uninteressiert war. Vor allem durch seine Reisen in sein Heimatland ließ Johannes Paul II. keine Zweifel am Willen um Vertiefung bzw. einem Ausbau der auf einen stabilen modus vivendi ausgerichteten Ostpolitik des Heiligen Stuhles erkennen.

Im Pontifikat von Johannes Pauls II. stand der Beitrag des Heiligen Stuhles zur europäischen Einigung bisher stark im Zeichen der Herkunft seines Kirchenoberhauptes. Osteuropa gewann für den Heiligen Stuhl im Blick auf den europäischen Einigungsprozeß wachsende Bedeutung. Bis dato ging Rom, wenn es von europäischer Einigung sprach, vom westeuropäischen Integrationsprozeß aus und bezog sich auf ihn, ohne Osteuropa bewußt auszuklammern. Eine Forderung Pauls VI., Osteuropa mit in den westeuropäischen Einigungsprozeß einzubeziehen, hätte wahrscheinlich nicht nur zu Belastungen der Kontakte des Heiligen Stuhles mit den Ostblockstaaten geführt, sondern der Entspannungspolitik der westeuropäischen Staaten, denen sich der Heilige Stuhl angeschlossen hatte, widersprochen. Bei Johannes Paul II. wurde die Ostpolitik des Heiligen Stuhles zum Teil des katholischen Beitrages zur europäischen Einigung.

Unter Johannes Paul II. setzte sich der Heilige Stuhl verstärkt für die Durchsetzung der Menschenrechte und für die Einhaltung der Religions- und Gewissensfreiheit in Osteuropa ein. Der Papst aus Polen beschränkte sich nicht nur auf Reden und Ansprachen, sondern eröffnete unter anderem durch seine spektakulären Reisen eine neue Ära der internationalen Beziehungen des Heiligen Stuhles, die sich mit „Pastoraldiplomatie“ umschreiben läßt.

Christentum und kulturelle Identität Europas

Im Unterschied zu seinen Vorgängern befaßt sich Johannes Paul II. nicht so sehr mit den Grundlagen des europäischen Einigungsprozesses. Um so mehr hebt der gegenwärtige Papst hervor, daß heute wie in der Vergangenheit die Evangelisierung Europas seine Identität bestimmen müsse. Im Zentrum der Äußerungen Johannes Pauls II. zur europäischen Einigung wie überhaupt zu politischen und sozialetischen Fragestellungen steht die Priorität des Menschen als personales Subjekt. Der Papst zeichnet sich neben allem Interesse für die europäische Integration und aller Einsicht in die Notwendigkeit einer politischen Einigung Europas vor allem durch die spirituelle Prägung seiner Äußerungen als Seelsorger aus.

Die Politik Johannes Pauls II. war ein Vorbote der ungeahnten politischen Zäsur, die die Jahre 1989 und 1990 für Euro-

pa brachten. Von Europa heute zu sprechen, läßt im Hinblick auf seine bestimmenden Kräfte die Geschichte zur Gegenwart und die Gegenwart zum bedingenden Grund für den Weg in die Zukunft werden. Die Wurzeln für die europäische Verantwortung, so wie sie Max Weber in seiner Schrift „Politik als Beruf“ skizzierte, sind mannigfaltig. Fest steht, daß jene Ordnungsvorstellungen, die in Folge der Französischen Revolution als Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit formuliert wurden, in vieler Hinsicht eine Säkularisation christlichen Gedankengutes darstellen. Diese Grundrechte verlangen heute, wie Johannes Paul II. immer wieder betont, im Prozeß der europäischen Integration besondere Aufmerksamkeit: Schutz des ungeborenen Lebens, Achtung des Lebens, ein würdevolles Miteinander in einem Europa mit demokratischen, liberalen und auch auf den Umweltschutz bezogenen Grundrechten.

Aufgabe des Heiligen Stuhles im europäischen Integrationsprozeß ist es heute vor allem, unter den Europäern das Bewußtsein zu erneuern, daß ihre kulturelle Identität zu einem entscheidenden Teil von christlicher Erfahrung und Lebensweise geprägt ist. Europa ist nicht nur eine politische Großmacht, seine kulturelle Bedeutung spiegelt sich auch in der Glaubensüberzeugung und dem Wertebewußtsein seiner Bevölkerung wider. Kräfte für ein geeintes Europa, für eine Identität Europas, liegen aus der Sicht der Kirche vor allem im Erhalt christlichen Glaubensbewußtseins und christlicher Werte.

Andreas M. Rauch

Vertane Chancen

Bürgerkrieg und Hunger in Angola

Seit der Unabhängigkeit Angolas im Jahr 1975 wird das Land von einem blutigen Bürgerkrieg erschüttert. Als die verfeindeten Bürgerkriegsparteien MPLA und UNITA im Mai 1991 ein Friedensabkommen unterzeichneten, das die ersten freien Wahlen für September 1992 vorsah, keimte die Hoffnung auf eine Beilegung der Konflikte in dem mit Rohstoffen reich gesegneten Land. Nachdem die UNITA allerdings schon kurz nach den Wahlen das für sie ungünstige Ergebnis nicht anerkannte, brachen die Kämpfe von neuem aus und rissen Angola in einen Sog der Gewalt. Hunger und Unterernährung als Folgen des Krieges haben im vergangenen Jahr mehr als hunderttausend Menschen das Leben gekostet.

Ein politischer Neuanfang mit dauerhaftem Frieden in Angola steht weiterhin aus. Seit 1961 befindet sich das Land fast ununterbrochen im *Kriegszustand*. Das ausgeblutete Angola, das aufgrund seiner wertvollen Bodenschätze (Erdöl, Diamanten, Eisenerz, Mangan) eines der wohlhabendsten Länder Schwarzafrikas sein könnte, wird ohne eine dauerhafte Befriedung seinen Platz unter den ärmsten Ländern der Welt nicht verlassen können. Die Lebenserwartung beträgt 45 Jahre, die Kindersterblichkeitsrate ist eine der höch-

sten der Welt. Kein anderes Land im südlichen Afrika hatte in den vergangenen zwei Jahrzehnten so hohe Kriegsverluste zu verbuchen wie Angola. Dies betrifft zum einen die *Infrastruktur* des Landes, die fast vollständig zerstört wurde, zum anderen die *wirtschaftlichen Einbußen*, die für die achtziger Jahre in einer Unicef-Studie auf rund 35 Milliarden Dollar beziffert werden.

Die jüngere Geschichte Angolas ist bis 1975 durch den Kampf gegen die Kolonialmacht Portugal, danach durch die